Bezugspreis für Sept. durch die Post bezogen 2,00 Mk. ausschl. Bestellgeld, in der Stadt Münster 2,00 Mk.
Beilagen: „Am Weg der Zeit" (für das Geistesleben der Gegenwart), „Der Erzähler", „Der Frauen Welt und Heim", „Jugendland", „Der Wanderer" (für Reise, Bäder und Verkehr), „Stamm und Scholle" (aus Leben und Geschichte der Heimat), „Technik und Erfindung", „Der Münsterländer" (für Feld, Garten und Haus).
Sonder-Ausgaben: Stekfurter Anzeiger, Warendorfer Anzeiger, Westmünsterländer Anzeiger, Borken-Bocholter Anzeiger (nur für die Bezieher der jeweiligen Kreise) wochentäglich.
Redaktion und Verlag Gallitzinstraße 13, Ecke Hamburger Straße. — Fernsprecher Nr. 2448, 2449 und 2450.
Geschäftsstelle: Münster, Prinzipalmarkt 13/14. Fernspr. Nr. 78. — Rheine, Emsstr. 34a, Fernspr. 670.
Berliner Redaktion: Paul Fr. Hüsgen, Berlin SW 48, Berl. Hedemannstraße 5. Fernsprecher Nollendorf 883.

Münsterischer Anzeiger

und Münsterische Volkszeitung

Preis 10 Pfg. im Einzelverkauf.
Anzeigen: Das mm Höhe, 29 mm breit, kostet für Anzeigen von Auftraggebern außerhalb des Reg.-Bezirks Münster, sowie für alle amtlichen, Finanz-, Sammel-, Markenartikel- und Vergnügungsanzeigen 15 Pfg., für sonst. Anzeigen aus dem Reg.-Bez. Münster 11 Pfg., aus der Stadt Münster 8 Pfg. Familienanzeigen 8 Pfg. bei Barzahl. 7 Pfg., kleine Anzeigen des privaten Verkehrs aus Münster bei Barzahlung 6 Pfg.
Reklamen: Das mm 90 Pfg. (Spaltenbreite 90 mm).
Für Erfüllung von Platzvorschriften sowie Aufnahme an bestimmten Tagen und in bestimmter Größe wird keine Gewähr, sowie für Druck- und Schönheitsfehler keine Haftung übernommen. Etwaiger Rabatt gilt als Kassenrabatt und kann verweigert werden, wenn Zahlung nicht binnen 4 Wochen nach Erhalt der Rechnung erfolgt.
Beilagen: Gebührenberechnung nach Gewicht.
Postscheck-Konto Köln 42 114. Erfüllungsort Münster i. W.

Morgen-Ausgabe. Donnerstag, den 15. September 1927 76. Jahrgang. Nr. 936

Keine Zwischentagung des Reichstages am 3. Oktober?

Der Aeltestenrat vertagt.

vdz **Berlin,** 14. Sept. **(Tel.)** Der Aeltestenrat des Reichstages trat heute zusammen, um über den Vorschlag des Präsidenten, die Zwischentagung des Reichstags am 3. Oktober beginnen zu lassen, zu beraten. Der Reichskanzler hatte jedoch dem Präsidenten Loebe mitgeteilt, daß bis dahin weder das Schulgesetz noch das Liquidationsschädengesetz, noch die Besoldungsordnung dem Reichstage vorliegen könnten. Diese Vorlagen würden vielmehr erst zum 17. Oktober für die Reichstagsberatung fertiggestellt sein.

Abg. von Guérard (Z) erklärte, daß er sich bei dieser neuen überraschenden Sachlage an den Beratungen des Aeltestenrates nicht mehr beteiligen könne, und den Vorstand seiner Fraktion befragen werde. Er schlug deshalb Vertagung des Aeltestenrates auf Donnerstag vor.

Reichsminister Dr. von Keudell legte dar, daß die Beratungen des Reichsrats über das Schulgesetz längere Zeit in Anspruch nehmen müßten wegen der preußischen Anträge und wegen der Fristen, die die übrigen Länderregierungen, mit Ausnahme von Bayern für ihre Stellungnahme zu diesem Antrage verlangt haben.

Die Abgg. Graf von Westarp (Dn) und Dittmann (S) schlossen sich dem Vertagungsantrag an. Der Aeltestenrat vertagte sich darauf auf Donnerstag nachmittag.

Der Vorstand der Zentrumsfraktion des Reichstages trat heute nachmittag 5 Uhr zu einer Sitzung zusammen, in der der Abg. von Guérard über die Sitzung des Aeltestenrates Bericht erstattete. Zu dieser Vorstandssitzung waren noch eine Reihe in Berlin anwesender Mitglieder der Reichstagsfraktion des Zentrums und vor allem die Zentrumsvertreter im Reichsrat zugezogen. Die Verhandlungen selbst waren vertraulicher Natur, drehten sich aber, wie aus obigen Erklärungen des Vorsitzenden von Guérard im Aeltestenrat hervorgeht, um die dem Zentrum unerwünschte Hinausschiebung der Beratung des Reichsschulgesetzentwurfes.

Morgen Weiterberatung der Beamtenbesoldungsfrage durch das preußische Kabinett.

tu **Berlin,** 14. Sept. Das preußische Kabinett ist in seiner heutigen Sitzung in der Frage der Neuregelung der Beamtenbesoldung noch zu keinem Entschlusse gekommen. Die Beratung wird morgen früh fortgesetzt werden.

Bayern und die Beamtenbesoldungsreform.

tu **München,** 14. Sept. **(Tel.)** Nach Informationen an zuständiger Stelle finden über die Beamtenbesoldungsvorlage zwischen dem Reich und Bayern zur Zeit keinerlei Verhandlungen statt. Die bayerische Regierung steht auf dem Standpunkt, daß sie zu der Besoldungsvorlage erst Stellung nehmen könne, wenn diese nach Verabschiedung im Reichskabinett dem Reichsrat zugängig gemacht worden ist. Wie verlautet, steht selbstverständlich die bayerische Regierung auf dem Standpunkt, daß die bayerischen Beamten nicht schlechter besoldet werden dürfen als die Beamten des Reiches. Was aber die Deckungsfrage angeht, so verweist man auf die mehrfachen Erklärungen sowohl des bayerischen Finanzministers Dr. Schmelzle wie auch des bayerischen Ministerpräsidenten Held, wonach Bayern nach der letzten Regelung des Finanzausgleichs nicht in der Lage sei, aus eigenen Kräften weitere Mittel aufzubringen, und daß es daher Sache des Reiches sei, nun auch die für die Durchführung der Beamtenbesoldung auch in Bayern notwendigen Mitteln zu sichern.

Vor einer Änderung des Reichspostfinanzgesetzes.

s **Berlin,** 14. Sept. **(Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.)** Der Verwaltungsrat der Reichspost tritt bekanntlich morgen zusammen. Wie dem „Tag" aus parlamentarischen Kreisen mitgeteilt wird, wird er sich wahrscheinlich mit einer Abänderung des Reichspostfinanzgesetzes beschäftigen. Man vermutet, daß der Reichspostminister morgen dem Verwaltungsrat davon Mitteilung machen wird, daß im Reichskabinett der Entwurf einer Abänderung des Reichspostfinanzgesetzes vorbereitet wird und zwar mit Rücksicht auf Wünsche, die im Reichstag von Vertretern fast aller Parteien geäußert sind.

Wir können bei dieser Gelegenheit zurückweisen auf den Kampf, der bei der letzten Portoerhöhung zwischen dem Reichstag und der Reichspost über die Vollmachten des Verwaltungsrates entstanden ist. Bei den Regierungsparteien wie auch bei den Oppositionsparteien war in gleicher Weise die Auffassung vertreten, daß die im Reichspostfinanzgesetz festgelegte Selbständigkeit der Post mit besonderen Vollmachten des Verwaltungsrates große Gefahren in sich birgt. Die Reichspost kann ohne Rücksicht auf die politischen und wirtschaftlichen Erwägungen der Regierung und des Reichstages durch ihre Tarife das gesamte Wirtschaftsleben beeinflussen. Darüber hinaus bestehen auch noch andere Gefahren, die mit den Reparationsverpflichtungen zusammenhängen. Aus diesem Grunde dürfte der Reichspostminister im Reichstage bei dem obigen Vorschlag zur Abänderung des Reichspostfinanzgesetzes keinen Schwierigkeiten begegnen.

Ein deutscher Schritt im Falle Rakowski?

s **Berlin,** 14. Sept. **(Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.)** Laut einer Pariser Meldung will der „Intransigeant" wissen, daß die Affäre Rakowski in Moskau selbst zu sehr heftigen Diskussionen im Rate der Volksbeauftragten Veranlassung gegeben habe. Die Mehrzahl der Mitglieder habe sich einer Maßregelung des Botschafters heftig widersetzt. Tschitscherin habe sich zu der Desavouierung Rakowskis erst entschlossen auf Grund der dringenden Vorstellungen des deutschen Botschafters Brockdorff-Rantzau, der darauf hingewiesen habe, daß ein Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Frankreich und der Sowjetrepublik eine untragbare Belastung für die deutsche Außenpolitik darstellen würde. Erst durch den Hinweis auf diese deutsche Demarche sei es Tschitscherin gelungen, dem Kabinett die Zustimmung zu der Rakowski erteilten Rüge abzuringen.

Obgleich der „Intransigeant" versichert, die Meldung aus unbedingt sicherer Quelle zu haben, müssen wir ihr mit großem Vorbehalt begegnen. Leider war es uns in den späten Abendstunden nicht mehr möglich, an zuständiger Berliner Stelle näheres darüber zu erfahren.

Kurze Nachrichten.

Der Bürgermeister von Newyork, Walker, ist aus Italien kommend in Paris eingetroffen.

Der Präsident der Republik von Liberia, King, ist in Begleitung eines größeren Gefolges in Genf eingetroffen. Er wurde auf dem Bahnhof von dem schweizerischen Bundespräsidenten Motta, dem ständigen Vertreter Liberias im Völkerbund, Baron Lehmann, sowie einem Vertreter des Völkerbundssekretariats empfangen.

Zur obligatorischen schiedsgerichtlichen Regelung von Streitigkeiten.

Ein Vorschlag Frithjof Nansens.

‡ **Genf,** 14. Sept. In der heutigen Nachmittagssitzung des Abrüstungsausschusses des Völkerbundes legte der erste Delegierte Norwegens, Frithjof Nansen, einen Entwurf für eine internationale Konvention für die obligatorische schiedsgerichtliche Regelung von Streitigkeiten vor, der folgende Bestimmungen vorsieht:

1. Die Signatarstaaten verpflichten sich, alle zwischen ihnen bestehenden Streitfragen für den Fall, daß eine Einigung auf dem Wege der üblichen diplomatischen Mittel oder auf dem Wege gerichtlicher Entscheidung innerhalb eines normalen Zeitraumes nicht erzielt werden kann, sich folgender schiedsgerichtlichen Regelung zu unterwerfen.

2. Bei allen juristischen Streitfragen einschließlich derjenigen, die sich auf die gegenseitige Rechtslage der beiden streitenden Staaten beziehen, sowie insbesondere den in Artikel 36 Absatz 2 des Statutes des Haager internationalen Schiedsgerichtshofes angeführten Fragen erkennen die Signatarstaaten die Zuständigkeit des Haager Schiedsgerichtshofes als obligatorisch an und zwar ipso facto und ohne besondere Uebereinkunft. In denjenigen Fragen, wo es zweifelhaft ist, ob es sich um Differenzen über die gegenseitige Rechtslage handelt oder bei der Kategorie derjenigen Fragen, die in Artikel 36 Absatz 2 des Statutes des Haager Schiedsgerichtshofes erwähnt sind, soll dieser Schiedsgerichtshof selbst entscheiden.

3. In allen denjenigen Streitfragen, die nicht unter die oben genannte Regelung fallen und in denjenigen, wo eine Uebereinkunft durch eine Intervention des Völkerbundsrates auf Grund von Artikel 15 des Statutes nicht erreicht werden kann, kommen die Signatarmächte überein, sich folgendem Verfahren zu unterwerfen:

a) Die Streitfrage wird einem Komitee von Schiedsrichtern unterworfen, das auf Grund gegenseitiger Uebereinkunft zwischen den beiden Parteien gebildet wird.

b) Falls die beiden streitenden Parteien nicht zu einer Uebereinkunft über die Zahl, die Personen- und Machtbefugnisse der Schiedsrichter oder über das schiedsgerichtliche Verfahren kommen, kann der Völkerbund selbst auf Grund eines Mehrheitsbeschlusses das Schiedsrichter-Komitee bilden und die Fragen festlegen, über die das Komitee entscheiden soll.

c) Die streitenden Parteien verpflichten sich, innerhalb eines bestimmten Zeitraumes die Entscheidung des schiedsgerichtlichen Komitees anzunehmen und im Laufe einer Zeit von sechs Monaten loyal durchzuführen.

4. Diese Konvention berührt in keiner Weise die Rechte und Verpflichtungen der Signatarstaaten sowie andere schiedsgerichtliche Konventionen, die bereits bestehen oder in Zukunft eingegangen werden.

In der Begründung zu diesem Entwurf wies Nansen darauf hin, daß eine internationale Konvention über die schiedsgerichtliche Regelung von Streitfragen die Durchführung der Abrüstung erheblich erleichtern würde. Die Abrüstung sei jedoch auch auf Grund des Völkerbundspaktes durchführbar. Der Stand der gegenwärtigen Rüstungen in Europa sei noch außerordentlich hoch. Die Militärbudgets in Europa betrügen gegenwärtig insgesamt 19 Milliarden Goldfranken und entsprächen beinahe dem Niveau der Rüstungsausgaben von 1914. Die von ihm vorgeschlagene schiedsrichterliche Regelung, die keinen obligatorischen oder fakultativen Charakter trage, könnte auf dem Wege der Abrüstung einen Schritt vorwärts bedeuten.

Der ungarische Delegierte, General Tancos, erklärte hierauf, daß Ungarn jeglicher Regelung, sei es dem Genfer Protokoll oder einem obligatorischen Schiedsgerichtsverfahren, seine Zustimmung geben würde, unter der Bedingung, daß nicht nur die besiegten Staaten, sondern sämtliche Mächte zur Durchführung des Abrüstung gezwungen würden. Gegenwärtig gebe es Staaten, die abgerüstet und Staaten, die noch voll gerüstet seien und nicht daran dächten, zu einer Einschränkung ihrer Rüstungen zu schreiten. Die Mächte, die noch nicht abgerüstet hätten, erklärten, daß der Artikel 10 des Völkerbundspaktes den abgerüsteten Staaten eine genügende Sicherheit gewähre. Es sei nicht zu begreifen, warum dieser Artikel nicht auch eine genügende Sicherheit für diejenigen Staaten bilden könne, die heute noch nicht abgerüstet seien. Ungarn warte jetzt auf den Augenblick, da auch die heute noch schwergerüsteten Staaten die von ihnen übernommenen Abrüstungsverpflichtungen voll durchführen würden.

*

Der von Frithjof Nansen in der heutigen Nachmittagssitzung des Abrüstungsausschusses eingebrachte Konventionsentwurf für eine obligatorische schiedsgerichtliche Regelung von Streitigkeiten hat allgemein große Beachtung gefunden, da er weit über den Rahmen der bereits bestehenden schiedsgerichtlichen Abkommen hinausgeht.

Bei Begründung seines Antrages schlug Frithjof Nansen noch vor, daß der Konventionsentwurf zunächst von der ersten juristischen Kommission der Völkerbundsversammlung geprüft werden solle. Hierauf solle die Vollversammlung sämtliche Mitgliedsstaaten auffordern, zu dem Entwurf innerhalb des nächsten Jahres Stellung zu nehmen. Ein Experten-Komitee oder die juristische Sektion des Völkerbundssekretariats solle dann auf Grund der Stellungnahme der einzelnen Regierungen im Laufe des nächsten Jahres einen einheitlichen Konventionsentwurf ausarbeiten, der sodann der Vollversammlung des Völkerbundes im Jahre 1928 zur Entscheidung vorgelegt werden könnte.

Der in dem Konventionsentwurf Frithjof Nansens erwähnte Artikel 36 Absatz 2 des Statutes des Haager Schiedsgerichtshofes umfaßt folgende Streitfragen, für die nach dem Konventionsentwurf in Zukunft der Haager Schiedsgerichtshof ausschließlich zur endgültigen Regelung zuständig sein soll:

1. Streitigkeiten über die Interpretation von internationalen Verträgen.
2. Streitigkeiten über die von einem Staate übernommenen Entschädigungsverpflichtungen.
3. Festsetzung der Höhe dieser Entschädigungsverpflichtungen.
4. Streitigkeiten über die Auslegung von Bestimmungen des internationalen Rechtes.

Der deutsche Standpunkt in der Abrüstungsfrage.

Eine Rede Graf Bernstorffs.

tu **Genf,** 14. Sept. Reichstagsabgeordneter Graf Bernstorff, der Deutschland bereits in der vorbereitenden Abrüstungskommission vertreten hat, ergriff heute in dem Abrüstungsausschuß der Völkerbundsversammlung das Wort zu einer Erklärung, in der er den deutschen Standpunkt in der Abrüstungsfrage skizzierte. Die Ausführungen Graf Bernstorffs wurden von der Kommission mit großem Interesse aufgenommen. Der Redner hob zunächst hervor, daß Deutschland jede Regelung der Abrüstungsfrage annehmen werde, wenn nur überhaupt die Abrüstung zur Durchführung gelange. Er beabsichtige nicht, als Vertreter eines bereits abgerüsteten Landes im Rahmen der Generaldebatte, die nur prinzipielle Fragen behandele, für die Abrüstung der anderen Länder Einzelvorschläge zu machen. Es erscheine ihm jedoch erforderlich, im Hinblick auf die Debatte der letzten Tage auf die historische Entwicklung des Begriffs „Sicherheit" im Laufe der letzten zehn Jahre hinzuweisen. Die Note, die Clemenceau im Namen der alliierten und assoziierten Mächte am 16. Juni 1919 Deutschland übergeben habe, enthalte eine authentische Interpretation dieses Begriffes. In der Note heißt es, daß die Entwaffnung Deutschlands den ersten Schritt zu der allgemeinen Herabsetzung und Beschränkung der Rüstungen darstelle, die die alliierten und assoziierten Mächte als eins der wesentlichsten Mittel zur Verhütung des Krieges durchzuführen suchten. Die Herabsetzung und Beschränkung der Rüstungen sei eine der Hauptpflichten des Völkerbundes. Graf Bernstorff wies sodann auf die gestrigen Ausführungen Paul Boncours hin, in denen der Gedanke der Abrüstung durch Sicherheit zum Ausdruck gekommen sei. Demgegenüber stellte Graf Bernstorff die Formulierung „Sicherheit durch Schiedsgericht und Abrüstung". Die Vollversammlung von 1926 habe die Sicherheit für hinreichend garantiert angesehen, um bereits im Jahre 1927 eine Abrüstungskonferenz einberufen zu können. Der holländische Delegierte Laudon, der Vorsitzende der vorbereitenden Abrüstungskommission, habe erklärt, die Sicherheit sei inzwischen noch gewachsen. Es sei nicht verständlich, warum nunmehr die Sicherheit wieder als ungenügend angesehen werden solle. Die Sicherheit schreite fort, doch ihr sei bisher nicht die Abrüstung gefolgt. Während die Sicherheit in der letzten Zeit große Fortschritte gemacht habe, zeige der Abrüstungsgedanke seit dem Versailler Friedensvertrag nicht den geringsten Fortschritt. Der klare Wortlaut des Absatzes 6 des Artikels 8 des Völkerbundspaktes verlange ferner die volle Publizität des materiellen Rüstungsstandes der Länder. Dieser Absatz sei bisher niemals durchgeführt worden.

Graf Bernstorff betonte sodann, in der öffentlichen Meinung aller Völker war die Formulierung der Sicherheit lediglich als eine Terminologie aufgefaßt, um hinter ihr den Aufschub der Abrüstung verbergen zu können. Man müsse jetzt der Welt zeigen, daß man wirklich ehrlich abrüsten wolle. Der Redner erklärte dann, mit dem Antrag des polnischen Delegierten in der nunmehr vorliegenden Form einverstanden zu sein. Er hob hervor, es sei nicht verständlich, aus welchem Grunde der Zusammentritt der vorbereitenden Abrüstungskonferenz verschoben werden solle. Der Gedanke der Sicherheit müßte selbstverständlich auch von der vorbereitenden Abrüstungskommission erörtert werden. Nicht durch Verschiebung, sondern allein durch Beschleunigung der Abrüstungsarbeiten könne man vorwärts kommen. Graf Bernstorff schloß mit den Worten: „In den Debatten der letzten Tage ist die Triologie aufgestellt: Warten, hoffen, handeln. Wir fordern jedoch vor allem das Handeln im Interesse des Paktes und der Menschheit."

Die Ausführungen Graf Bernstorffs wurden von der Versammlung mit langanhaltendem Beifall aufgenommen.

Im weiteren Verlauf der Generaldebatte sprach sich der italienische Delegierte für den polnischen Resolutionsentwurf in der vorliegenden Form aus, während der griechische Delegierte betonte, daß der polnische Antrag von der vorbereitenden Abrüstungskommission behandelt werden müsse, die sich überhaupt mit dem Gedanken der Sicherheit eingehend zu beschäftigen haben werde. Hierauf sprach der Unterstaatssekretär im englischen Kriegsministerium, Lord Onslow, der sich gegen die gestrigen Erklärungen Paul Boncours wandte und betonte, daß in den allgemeinen Fragen der Abrüstung bereits eine Einigung erzielt sei. Es müsse gegenwärtig ein Fortschritt in der moralischen Abrüstung festgestellt werden. Je mehr man die Dinge studiere, desto mehr sehe man die Schwierigkeiten, die in den Verhältnissen der einzelnen Länder begründet seien. England befindet sich bereits auf dem Wege der Abrüstung und sei entschlossen, die übernommenen Abrüstungsverpflichtungen durchzuführen und die Abrüstungsfrage zu einem Erfolge zu führen. England sei ferner bereit, die Kontrolle der privaten und staatlichen Waffenherstellung in Erwägung zu ziehen. Lord Onslow betonte sodann, England könne den bisher übernommenen Verpflichtungen keine neuen hinzufügen und bezeichnete eine Wiederaufnahme der Debatte über das Genfer Protokoll als für den Völkerbund schädlich. England werde einer Wiederaufnahme der Debatte seine Zustimmung nicht erteilen können.

Die Generaldebatte im Abrüstungsausschuß wird am Freitag fortgesetzt werden.

Rumänien droht mit dem Austritt aus dem Völkerbund.

tu **Bukarest,** 14. Sept. **(Tel.)** **Wie der „Cuvahtul" erfährt, hat der Ministerrat in einer Besprechung der Frage der ungarischen Optanten sich auf den Standpunkt gestellt, daß, falls der Völkerbund die Optantenfrage zugunsten Ungarns lösen sollte, Rumänien aus dem Völkerbund austreten würde.**

„Cuvahtul" unterstreicht die Bedeutung dieses Beschlusses und meint, daß Ministerpräsident Bratianu in dieser Frage energischer auftreten werde, als er es bisher in anderen Fällen getan habe.



Rockefeller stiftet 10 Millionen für Genf.

John D. Rockefeller jun. hat für den weiteren Ausbau der Bibliothek des Völkerbundes 10 Millionen Dollar gestiftet. Es ist in Aussicht genommen, etwa vier Fünftel der Summe entsprechend den Stiftungsbedingungen für den Bau eines erheblich vergrößerten Bibliotheksgebäudes und die Zinsen der Restsumme für die Bibliothek selbst zu verwenden. Da die Völkerbundsbibliothek für völkerrechtliche und juristische Zwecke bereits sehr gut ist, dürfte sie eine der besten völkerrechtlichen Bibliotheken Europas werden.

Die Flottenparade vor dem Reichspräsidenten.

‡ **Swinemünde,** 14. Sept.

Kurz nachdem das Paradeflaggschiff „Schleswig Holstein", auf dem sich der Reichspräsident befand, in See gegangen war, folgten verschiedene dicht besetzte Passagierdampfer aus Stettin und Swinemünde. Den Schluß bildete der Lloyd-Dampfer „Roland", der von der Marineleitung gechartert war, und unter Befehl des Vizeadmirals Pfeiffer stand. An Bord des „Roland" sah man u. a. mehrere Mitglieder des Reichsrates, darunter den bayerischen Gesandten von Preger, den mecklenburgischen Staatsminister Asch, den württembergischen Gesandten Staatsrat Dr. Bosler, den sächsischen General a. D. Ministerialrat Schulz, den preußischen Ministerialdirektor Dr. Frick, ferner verschiedene Reichstagsabgeordnete und den Kommandeur der 2. Infanterie-Division, von Amsberg. Nachdem die Schiffe sich etwa 15 Meilen von der Küste entfernt hatten, erschien im Nordosten die in Kiellinie fahrende Flotte, die kurz bevor sie an Backbordseite Höhe sag schiffes vorbeidefilierte einen Salut von zwei Schüssen abgab. Die Besatzung der Flotte hatte Paradeaufstellung genommen und brachte ein dreifaches Hurra aus. Zunächst defilierten die Linienschiffe mit dem Kommandeur Admiral Prentzel an Bord, dann „Essen" und „Elsaß". Es folgten die Kreuzer „Berlin", „Amazone" und „Nymphe". Hieran schlossen sich zwei Torpedobootsflottillen mit den drei erst nach dem Kriege erbauten Torpedobooten „Seeadler", „Möwe" und „Falke", während den Schluß eine Minensucher-Halbflottille bildete. Nach Beendigung der Parade hißte das Flaggschiff ein Signal, das einen Gruß an die Gäste der Marineleitung zum Ausdruck brachte. Während die Minensucherhalbflottille nach Swinemünde zurückkehrte, formierte sich der übrige Flottenverband zu Gefechtsübungen. Die Uebungen, die sich auf der Höhe zwischen Dievenow und Kolberg abspielten, bestanden aus einer U-Boot-Sicherung des Flottenverbandes durch Torpedoboote, einer Nebelfahrt mit Kursänderungen nach akustischen Signalen, Vorpostenstellung der Torpedoboote und ausgedehnten Evolutionen des ganzen Verbandes. Den Abschluß der Uebungen bildete eine Vorbeifahrt des Flaggschiffes an dem in Kiellinie aufgestellten Flottenverband. Während das Begleitschiff „Roland" nach einer Huldigung seiner Besatzung an den Reichspräsidenten nach Swinemünde zurückfuhr, blieb die Flotte auf hoher See, um mit den eigentlichen Flottenmanövern zu beginnen. Am Donnerstag früh trifft der Reichspräsident wieder in Swinemünde ein, um sich an Bord des Kreuzers „Berlin" zu begeben, der ihn nach Königsberg bringen soll.

Die Feier von Hindenburgs 80. Geburtstag.

w **Berlin,** 14. Sept. **(Tel.)** Wie den zuständigen Stellen bekannt geworden ist, sind vielfach Zweifel darüber aufgetaucht, in welcher Weise der 80. Geburtstag des Herrn Reichspräsidenten wirklich gefeiert werden soll. Ueber diese Frage hat das Reichsministerium des Innern bereits vor einiger Zeit ein Rundschreiben an die Länderregierungen gerichtet, das dem Wunsche des Herrn Reichspräsidenten entspricht, von besonderen Feiern aus diesem Anlaß abzusehen. Die Reichsregierung werde daher weder in Berlin noch in sonstigen Orten Deutschlands amtliche Feiern veranstalten und bittet die Länderregierungen gleichfalls auf solche Feiern zu verzichten. Dem Ersatz der Feiern soll die Hindenburgspende dienen.

Im übrigen hat die Reichsregierung in dem Rundschreiben den Landesregierungen vorgeschlagen, folgendes zu veranlassen:

1. Beflaggung sämtlicher Dienstgebäude des Landes und der Stadtgemeinden;
2. Veranstaltung schlichter Schulfeiern am Samstag den 1. oder am Montag den 3. Oktober. Ausfallen des Schulunterrichts im Anschluß an diese Feier;
3. Fühlungnahme mit den Kirchenbehörden, damit am 2. Oktober 1927 des Geburtstages in den Kirchengebeten gedacht wird.

Polnische Maßnahmen gegen die Zeichner der Hindenburg-Spende.

b **Berlin,** 14. Sept. Wie die Abendblätter aus Warschau melden, beabsichtigen die polnischen Behörden in Pommerellen und Posen gegen die polnischen Staatsbürger deutscher Nationalität vorzugehen, die sich an der Sammlung für die Hindenburg-Spende beteiligt haben. Dabei wird in den polnischen Zeitungen nur von einer „nationalen Gabe für den Reichspräsidenten" gesprochen, ohne zu erwähnen, daß es sich um eine soziale Hilfeleistung handelt, deren Unterstützung nach internationaler Gepflogenheit auch im Auslande zu gestatten ist.

Die Schlußsitzung des Kongresses des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes.

tu **Berlin,** 14. Sept. In der heutigen Sitzung des Bundeskongresses des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes wurde nach eingehender Aussprache zur Beamtenbesoldungsreform eine Entschließung einstimmig angenommen, in der es u. a. heißt, daß der Kongreß die bekannt gewordenen Gesichtspunkte der Neuregelung der Beamtenbesoldung als den Forderungen des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes nicht entsprechend bezeichnet. Andererseits wird jedoch festgestellt, daß die Neuregelung einen mindestens teilweisen Erfolg der vom ADB. jahrelang erhobenen Forderungen bringe. Die gesamte Tendenz des beabsichtgiten neuen Beamtenbesoldungssystems wird in der Entschließung als ein großer Rückschritt bezeichnet, der auf das entschiedenste abgelehnt werden müsse.

Hierauf stimmte der Bundeskongreß noch einer Entschließung zu, in der gegen den Reichsschulgesetzentwurf entschieden Protest eingelegt wird.

Bei der dann folgenden Neuwahl des Vorstandes wurde zum ersten Vorsitzenden Ministerialrat a. D. Falkenberg wiedergewählt. Als Ort des nächsten Bundeskongresses wurde München bestimmt.

In seinem Schlußwort bedauerte der Bundesvorsitzende Falkenberg, daß der Reichsfinanzminister entgegen seinem ursprünglichen Versprechen nicht auf dem Kongreß erschienen sei. Kritisiert werden müsse das ganze Verfahren, das eine Reichsverwaltung gegenüber der gesamten Beamtenschaft für richtig befunden habe. Mit einem Hoch auf den Allgemeinen Deutschen Beamtenbund wurde der Kongreß geschlossen.

Dr. Seipel über Sozialpolitik.

Wien, 14. Sept. Bundeskanzler Dr. Seipel hielt heute vormittag bei Eröffnung der zweiten Generalversammlung der internationalen Vereinigung für sozialen Fortschritt eine Begrüßungsansprache, in der er u. a. ausführte: Der Staat ist um der Wohlfahrt aller willen da. Jeder andere Staatszweck hat nur Geltung und Berechtigung, soweit er sich diesem obersten Grundsatz einfügt. Der Redner wies auf den Züricher Sozialkongreß im Jahre 1893 hin und auf die Schaffung einer internationalen Einrichtung und eines internationalen Amtes für Arbeiterschutz durch diesen, ferner auf die in der weiteren Entwicklung erfolgte Gründung von Vereinigungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und für die Arbeiterversicherung. Aber auch nach der Schaffung des internationalen Arbeitsamtes sei die Wiedererweckung und Neubelebung der internationalen freien Vereinigung nicht überflüssig geworden. Im Gegenteil bedürfe es aller Anstrengungen, daß der wirklich erzielte Fortschritt nicht verloren gehe. Mit ein Verdienst der Vorgängerin ihrer Vereinigung ist es, daß die Sozialpolitik nicht nur Parteisache ist, son-

dem Satze der Volkswirtschaft und der Völkergemeinschaft. Erweitern Sie den Kreis derer, die für die sozialpolitischen Notwendigkeiten eintreten würden, weil sie Notwendigkeiten nicht bloß einer Klasse, sondern des ganzen Volkes, weil sie Menschheitsnotwendigkeiten sind. Wenn Sie mit Erfolg diese Erkenntnis verbreiten, dann führen Sie die Sozialpolitik auf einen guten Weg; dann wird einmal alle Politik dem Geiste nach Sozialpolitik.

Die Lage in Litauen.

Todesurteile in Tauroggen.

b **Berlin,** 14. Sept. Im Zusammenhang mit dem Putschversuch in Tauroggen ist dort ein Standgericht eingesetzt worden, das nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung" aus Kowno sechs an dem Putsch beteiligte Studenten zum Tode verurteilte. Das Urteil wurde gestern morgen um vier Uhr vollstreckt. In einer weiteren Sitzung des Standgerichts wurden fünf an dem Aufruhr beteiligte Personen gleichfalls zum Tode verurteilt.

Der Kreishauptmann von Tauroggen verhaftet.

b **Berlin,** 14. Sept. Nach einer Abendblättermeldung aus Kowno teilt das litauische Innenministerium mit, daß der Tauroggener Kreishauptmann Grisas gestern nacht von unbekannten Tätern erschossen wurde.

Nach Meldungen aus Kowno berichtet die „Lietuevis", daß der Tauroggener Putsch nicht von Parteien der Opposition, sondern nur von einzelnen Mitgliedern der Oppositionsparteien eingeleitet worden sei. Der nach dem Putsch verschwundene Kreishauptmann von Tauroggen, Natanavitschus, hat sich heute dem Generalstab gestellt und sei verhaftet worden.

Demnach treffen die Meldungen über die Ermordung des Kreishauptmanns nicht zu. Er dürfte sich vielmehr um eine Verwechselung mit dem am Sonnabend in Krottingen erschossenen Polizeikommissar Grisas handeln.

Die Lage in Litauen ist weiterhin gespannt. Das Kriegsgericht in Tauroggen wird voraussichtlich noch drei weitere Todesurteile fällen. In den letzten Tagen wurden 200 Verhaftungen vorgenommen. Die Militärzensur in Litauen ist verschärft worden.

Aus der Stadt.

Münster, 15. September.

❑ **Aus dem Wehrkreise VI.** In Ergänzung der Meldung in Nr. 935 über die Personalveränderungen in der 6. Division sei noch folgendes mitgeteilt: Versetzt wurden Hauptmann * Ritter v. Horstig im Artl.-Regt. 6 in das Artl.-Regt. 3, Hauptmann * Fretter-Pico im Reichswehrministerium in das 6. Artillerieregiment, Hauptmann * Leistikow im 16. Inft.-Regt. in den Stab der 6. Division, Hauptmann * Rockstroh in der Fahr-Abteilung 6 in die Sanitätsabteilung 2, Hauptmann * v. Wittken-Jungnick in der Sanitätsabteilung 3 in die Fahrabteilung 6, Oberleutnant * Uebe im Stab der 6. Division in den Stab der 4. Division.

Straßensperrungen. Wie die Polizeiverwaltung im Anzeigenteil dieses Blattes bekannt macht, ist die Hornstraße vom 12. bis 14. September d. Js. wegen Herrichtung eines geräuschlosen Pflasters für den gesamten Fuhrwerksverkehr und Kraftfahrzeuge aller Art gesperrt — Wegen Asphaltierung der Fahrbahn wird die Augustastraße vom 12. September bis 10. Oktober d. J. für Fuhrwerke aller Art und den Kraftfahrzeugverkehr gesperrt. Die Umleitung erfolgt über die Annenstraße und Kronprinzenstraße.

Seinen Verletzungen erlegen ist der am Montag auf dem hiesigen Güterbahnhof in Ausübung seines Berufes verunglückte Ladeschaffner Br. Er war 34 Jahre alt und Familienvater.

Von der Straßenbahn. Die Städtische Betriebsverwaltung weist in einer Bekanntmachung in der vorliegenden Nummer darauf hin, daß die elektrische Fahrleitung für die neue Straßenbahnstrecke durch die Salzstraße in den nächsten Tagen hochgenommen und direkt unter Spannung gesetzt wird.

Fahrlässige Körperverletzung. Der Kaufmann Karl S. von hier machte mit einem Bekannten am 29. Oktober 1926 eine Autotour. Als sie durch Drensteinfurt fuhren, fanden sie eine regennasse und glitschige Straße vor. In kurzer Entfernung vor ihrem Wagen fuhr über die Bahnhofstraße vor dem Eingang nach Drensteinfurt ein Lieferwagen in mäßigem Tempo. S., der den Wagen führte, versuchte nun, den Lieferwagen zu überholen, der dann auch auf Signal die Straße freigab. Eben war S. mit dem anderen Wagen auf gleicher Höhe, als er glaubte, nicht gut vorbeizukommen. Er bremste und kam zum Schleudern. Der Hinterteil des Wagens streifte und dabei einen 74jährigen Handelsmann D., der mit einem Sportwagen sein fünfjähriges Enkelkind auf Drensteinfurt zu fuhr. Der Anstoß war so heftig, daß D. über den Bürgersteig hinweg in den Straßengraben flog und drei Rippen brach, während das Kind gut davon kam. S. brachte seinen Wagen sofort zum Halten und bemühte sich um den Verunglückten. Der Arzt stellte außer den Rippenbrüchen eine Erschütterung der Wirbelsäule fest und Quetschungen der Lunge, die eine Lungenentzündung im Gefolge hatte. Der Verunglückte ist seither arbeitsunfähig. Das erweiterte Schöffengericht sah darin, daß auch der Invalide D. mit dem Sportwagen auf dem Straßendamm fuhr und, obwohl dadurch die Fahrbahn beengt war, der Angeklagte versuchte, zwischen durchzukommen, eine Fahrlässigkeit und bestrafte ihn wegen fahrlässiger Körperverletzung zu einer Geldstrafe von 300 Mark.

Das Weltpanorama, Aegidiistraße 5, wird wieder eröffnet. Mit einer wundervollen Reise durch die Schweiz wird es am Sonntag, 18. September, beginnen.

Aus den Provinzen.

* **Barmen,** 13. Sept. (Adelheid v. Asten gestorben.) Frau Adelheid v. Asten, die Tochter des Freiheitsdichters Gottfried Kinkel, ist nach einer Meldung der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung" gestern hier im 81. Lebensjahre gestorben. Frau v. Asten lebte in Barmen als Konzertsängerin und Musiklehrerin.

Ernteschäden in der Provinz Westfalen.

Durch die lang andauernde regnerische Witterung sind in den verschiedenen Kreisen der Provinz Westfalen erhebliche Schäden, namentlich am Sommergetreide, entstanden, wie ferner die Kartoffelernte ebenfalls gefährdet erscheint. Das genaue Ausmaß dieser Schäden, welche in den einzelnen Bezirken sehr verschieden sind, läßt sich z. Zt. noch nicht überblicken. Die Landwirtschaftskammer wird daher alsbald eine Besprechung der Landwirtschaftlichen Hauptvereine über diese Frage veranstalten, wonach sich das Weitere ergeben wird.

Vermischtes.

* **Das Berliner Wohnungsbauprojekt.** Berlin, 14. Sept. Der Magistrat hat heute dem Abschluß des Vertrages über die Erbauung von 8000 Wohnungen vorbehaltlich des Erlasses der Wertpapiersteuer und der Kapitalertragssteuer zugestimmt.

Münster als Blumenstadt.

Die Ergebnisse des Blumenschmuck-Wettbewerbes.

Nach nochmaliger Schau der Prämierungskommission fand vor 10 Tagen die letzte Besichtigung der zum diesjährigen Blumenschmuckwettbewerb angemeldeten Vorgärten, Balkone und Fenster statt. Bei der großen Anzahl der Bewerber und bei der im Laufe des Sommers vorherrschenden schlechten Witterung hatte die Kommission einen schweren Stand, selbst bei der gewissenhaftesten Prüfung unter Berücksichtigung der verschiedensten Umstände war es manchmal kaum möglich, die richtige Entscheidung zu treffen, so daß das Los entscheiden mußte.

Es wurde nach folgenden Grundsätzen verfahren: Waren Fenster und Balkone einheitlich geschmückt? Wie war die Pflege und Unterhaltung der Blumen? Wie war der Gesamteindruck von der Straße? War das ganze Haus oder nur einzelne Fenster geschmückt? Waren die angemeldeten Vorgärten auch als solche oder als Hausgärten zu betrachten? Waren die Gitter der Vorgärten berankt oder hinter den Gittern hohe Sträucher angepflanzt, so daß der Garten von der Straße kaum sichtbar war?

Nach vorstehenden Erwägungen erhielten für Gesamtleistung:

Fenster-, Balkon- und Vorgartenschmuck:

Adolf Broeker, Warendorferstraße 79, den Ehrenpreis des Regierungspräsidenten,
Dr. Obens, Landoisstraße 1, den 1. Preis.
Muermann, Amtmann, Burchardstraße 6, den 2. Preis.
Frau Geheimrat Dr. Krückmann, Burchardstraße 14, den 3. Preis.

Einen Preis erhielten:

Kaufmann, A., Rentner, Erphofstraße 45.
Willner, Gewerberat, Hohenzollernring 43.
Bergmann, B., Erphofstraße 9.
Laumann, M., Damenkonfektion, Klosterstraße 20.
Schnösenberg, Bernard, Dechaneistraße 10.
Cordes, Frau, Duja, Grimmstraße 5.

Fenster- und Balkonschmuck:

Hohns, W., Oberingenieur, Westring 24, 1. Preis.
Brandts, Ww., Hotel Fürstenhof, 2. Preis.
Fischer, Ferdinand, Bohlweg 19, 3. Preis.

Ferner erhielten je einen Preis:

Heinze, Hedwig, Kettlerstraße 35.
Dr. med. Winter, Jägerstraße 17.

Für Balkonschmuck:

Wegener, Heinrich, Wilhelmstraße 3, III., 1. Preis.
Krumme, Reichsbahnrat, Bahnhofstraße 21, 2. Preis.
Müller, Louise, Coerdestraße 45, 3. Preis.

Ferner erhielten einen Preis:

Meurer, Dr. med., Katthagen 15.
Dr. Siemon, Geh. Kriegsrat, Erphofstraße 32.
Brand, Frau, Professor, Erphofstraße 32.
Schröder, Johannes, Altersteinweg 28.
Walter, Carl, Hohenzollernring 8.
Grote, Frau, Südstraße 46.

Für Fensterschmuck:

Direktion der Dresdner Bank, Königstraße, 1. Preis.
Freifräulein von Beverförde, Königstraße 46, 2. Preis.
Mauritzschule I (Rektor Dr. Luhmann), Kaiser-Wilhelm-Ring, 3. Preis.

Ferner erhielten einen Preis:

Busche, Frau, Wilhelm, Graelstraße 56.
Adorf, Ferdinand, Bademeister, Frauenstraße 26.
Fürstenberger Hof, Königstraße 11.
Toppheide, Frau, Nordstraße B 1.
Limberg, Josef, Alterfischmarkt 1.
Berspohl, Reinhold, Kaufmann, Prinzipalmarkt 19.
Wwe. Schwarte, Hüfferstraße 4.
Schröter, Johann, Herrenstraße 18.
Eckelkamp, Hans (Gertrudenhof), Warendorferstraße.
Küster u. Sandhage, Alterfischmarkt 31.
Landbundhaus, Elisabethstraße 12.
Bruun, Wilhelm, Spiegelturm 2.
Weglage, Josef, Frauenstraße 41.
Fehige, Frau, Sentruperstraße 12.
Pohlmann, Frau, Josef, Bremerstraße 24.
Hagedorn, Bernard, Kaufmann, Agidiistraße 32.
Grewe, Bernard, Stadtinspektor, Sophienstraße 42.
Fröhling, Theodor, Restaurateur, Mauritz- u. Sonnenstraße Ecke.

Für Vorgartenschmuck:

Heidötting, Johann, Straßburgerweg 82, 1. Preis.
Hauß, Adolf, Landesamtmann, Görresstraße 1, 2. Preis.
Wagener, Ludwig, Hoyastraße 15, 3. Preis.

Ferner erhielten einen Preis:

Maasjost, Heinrich, Bohlweg 61.
Schröder, Otto, Gelmerstraße 31.
Düweke, Theodor, Straßburgerweg 58.
Blothenberg, Willy, Rudolfstraße 23.
Rüter, F., Straßburgerweg 80.
Eversmann, Ernst, Görresstraße 15
Schlief, A., Melchersstraße 16.

Die Preise sind vom Donnerstag (15. 9.) bis einschließlich Montag (19. 9.) im Schaufenster der kunstgewerblichen Möbelfabrik von Th. Rinclake, Rothenburg, die hierfür ihr Schaufenster in liebenswürdiger Weise zur Verfügung stellte, ausgestellt. Außer der vorgenannten Preise wurde eine große Anzahl lobender Anerkennungen ausgesprochen. Mancher Blumenfreund hätte noch mit einem Preise bedacht werden können, wenn er sich zum Blumenschmuck angemeldet hätte. Besonders erwähnenswert ist der Blumenschmuck der Grünen Gasse, Kreuzstraße, Warendorfer Straße, Hohenzollernring, Straßburger Weg, Roggenmarkt, Spiekerhof, Landoisstraße, Bergstraße, Königstraße, Alter Fischmarkt, Katthagen, Görresstraße, Gelmerstraße, Manfredstraße, Erphofstraße, Frauenstraße.

Dagegen fielen in der Altstadt wegen des geringen Blumenschmuckes auf: Der Prinzipalmarkt, Ludgeristraße, Rothenburg, Bispinghof, Schützenstraße, Klosterstraße.

Möge der diesjährige Blumenschmuckwettbewerb dahin führen, daß im kommenden Jahre Münsters Bürgerschaft sich noch eifriger bemüht, durch Blumenschmuck der Fenster, Balkone und Vorgärten Münsters Ruf als Blumen- und Gartenstadt zu erhalten und zu befestigen.

7000 Cholera-Opfer in China. Berlin, 14. Sept. Wie die Abendblätter melden, hat die seit einigen Wochen im Yangtse-Tal wütende Choleraepidemie in Nanking bereits über 7000 Tote gefordert. In Schanghai ist man außerordentlich beunruhigt, da sich auch dort in den letzten Tagen die Sterbefälle wesentlich gemehrt haben. Auch sechs Ausländer sind bereits gestorben.

* **Explosionsunglück auf einem Dampfer.** Hamburg, 14. Sept. Auf dem im Hamburger Freihafen liegenden Dampfer „Granada" waren heute Arbeiter damit beschäftigt, Kisten mit Zündhütchen zu verladen, als plötzlich eine Kiste in den unteren Raum fiel und explodierte. Dabei wurden ein Arbeiter schwer und acht weitere leicht verletzt.

Schweres Autobusunglück im Rheinland.

Luxemburg, 14. Sept. Auf der Prüm, westlich von Bitburg, (Rheinland) stürzte ein Autobus infolge Versagens der Bremse in einen Graben und überschlug sich. Ein Insasse war sofort tot; sechs Personen wurden schwer und 14 leicht verletzt.

Betrunkener Lastwagenführer — Vier Schwerverletzte.

Reichenbach a. d. Elbe, 14. Sept. Auf der Chaussee hinter Bertholsdorf stieß in der vergangenen Nacht ein Lastauto der Strehlener Brauerei mit einem ländlichen Fuhrwerk zusammen. Das Fuhrwerk wurde zertrümmert, alle vier Insassen wurden schwer verletzt. Die polizeilichen Ermittlungen haben ergeben, daß der Kraftwagenführer und ein von ihm mitgenommener Beifahrer sinnlos betrunken waren.

Zum Frauenmorde bei Borkum.

Emden, 13. Sept. Das geheimnisvolle Dunkel, mit dem bislang noch das grauenhafte Verbrechen auf dem einsamen Wattenmeere in der Nähe der Insel Memmert umgeben war, beginnt sich zu lichten. Die eifrig fortgesetzten Ermittlungen haben ergeben, daß der Mörder und sein Opfer tatsächlich von Berlin kamen, wo das Segelboot nach den vorgelegten Quittungen des Mörders am 3. August bezahlt worden ist. Bei dem Mörder handelt es sich, wie bereits gemeldet, um den Ingenieur Kurt Mayr-Lori, der am 27. Juli von Berlin aus mit seinem Segelboot Hummel auf dem Wasserwege nach der Nordsee gefahren ist, wobei er von der bei Memmert ermordeten Frau, die er als seine Frau ausgegeben hat, begleitet wurde. Mit dem Segelboot sind die Reisenden vier Wochen unterwegs gewesen. Am 6. September sind sie in Norderney angekommen und haben sich im dortigen Hafen etwa eine Stunde lang aufgehalten. Während sich der Mörder zur Besorgung verschiedener Einkäufe an Land begeben hat, blieb die Frau an Bord. Am gleichen Tage wurde dann noch nach Memmert gesegelt, von wo aus das Boot gesichtet worden ist. Da am 7. September das Segelboot von Memmert abermals gesichtet wurde, in dem sich auffallenderweise nur noch die männliche Person befand, muß das Verbrechen noch am 6. September oder aber in der Frühe des 7. September ausgeführt worden sein. Am 8. September kehrte der Mörder dann nach Norderney zurück, wo er das Boot verkaufte. Obgleich am Vormittag des 8. September die Frau von dem Regierungsbaurat Lohse aus Norden und dem Vogelwärter Leege aus Memmert noch als Leiche geborgen werden konnte, war es infolge schlechter Telephonverbindung von Memmert nicht möglich, die an der Küste gelegenen Häfen zu verständigen. Zudem wurden bei der Toten zunächst irgendwelche Verletzungen nicht festgestellt. Eine telephonische Verständigung mit dem Festlande erfolgte erst, nachdem der Mörder am Abend des 8. September Norddeich mit dem 6 Uhr 45 Norddeich—Berlin fahrenden Zuge verlassen hatte. Mit dem vorgefundenen Hammer muß er seinem Opfer mehrere Schlagwunden am Kopfe beigebracht haben. Die Würgmale am Halse lassen erkennen, daß der Tragödie ein erbitterter Kampf vorausgegangen ist. Der Tod ist allerdings durch Ertrinken eingetreten. Die inzwischen auf Memmert weiter angetriebenen Kleidungsstücke der Toten tragen sämtlich das Zeichen M. St. Im weiteren wurde ein Brief aufgefischt, in dem die Ermordete mit Grete angeredet wird. In diesem Brief hat Mayr-Lori sein Opfer gebeten, ihm zu folgen und ihr ein angenehmes Leben versprochen. Es dürfte als erwiesen angesehen werden, daß es sich bei der Ermordeten, die einen schwarzen Bubikopf und goldplombierte Zähne trug, um die in Berlin bereits seit einiger Zeit vermißte Stütze Margarete Stephan handelt. Der Mörder, Ingenieur Mayr-Lori, ist, wie die Ermittlungen ergeben haben, verheiratet. Seine Frau lebt in Innsbruck. Er ist in Emden aus dem Zuge gestiegen und hat am Abend des 8. September in Emden eine weitere Fahrkarte gelöst, von wo es ihm trotz aller kriminalpolizeilichen Maßnahmen gelungen ist, dennoch unangehalten nach Köln zu kommen. Es besteht die Vermutung, daß Mayr-Lori mit Hilfe eines in seinem Besitz befindlichen Algier-Passes nach Frankreich zu gelangen suchen wird.

Die Naturkatastrophe in Südjapan.

3000 Todesopfer.

London, 14. Sept. Die während der letzten Tage über Südjapan niedergegangene Sturm- und Überschwemmungskatastrophe stellt sich nach den letzten aus Tokio vorliegenden Meldungen noch wesentlich schwerer heraus, als die ersten Berichte vermuten ließen. Die Zahl der Toten wird offiziös mit 3000 angegeben, weitere 1000 Personen werden noch vermißt. Die südöstlichste der vier Hauptinseln Japans, Kyushu, hat in ihrer ganzen Ausdehnung schwer gelitten. Infolge Unterbrechung der Verbindungen mit Tokio sind dort Einzelheiten über die Katastrophe nur sehr schwer zu erhalten und vielfach ungenau. Fest steht jedoch, daß es sich um den schwersten Taifun handelt, von dem Japan in den letzten 40 Jahren betroffen worden ist. In dem Bezirk Kumamoto wurden 70 000 Acres kultivierten Landes überschwemmt. Flugzeuge, die die verwüsteten Gebiete überflogen haben, haben Lichtbildaufnahmen mitgebracht, die ein anschauliches Bild der schweren Verwüstungen geben. In Tokio, das heute früh von dem Taifun erreicht wurde, wurden 30 Kinder durch Teile eines weggetragenen Daches verwundet. Besonders schwer wurde auch die Stadt Fukuoka betroffen.

*

Die Erdbebenkatastrophe in Südrußland.

Riga, 14. Sept. Wie aus Moskau gemeldet wird, ist die Zahl der Opfer des Erdbebens in Südrußland auf 150 gestiegen. In Livadia wurde das frühere Zarenschloß stark beschädigt. Insgesamt wurden über 400 Häuser zerstört. Zahlreiche Boote sind an der Küste den Springfluten zum Opfer gefallen. Da sich die Bevölkerung größtenteils von Früchten und rohem Gemüse ernährt, befürchtet man den Ausbruch von Cholera. Ein Teil der Krankenhäuser mußte wegen Einsturzgefahr geräumt werden.

Das Erdbeben in der Krim.

Riga, 14. Sept. Aus dem Erdbebengebiet der Krim treffen fortgesetzt Schreckensnachrichten ein. In Lalta wurden dreißig Personen getötet und 360 verletzt. Gestern wurden in Odessa wiederum leichte Erdstöße verspürt. Die Bevölkerung, der sich eine ungeheure Panik bemächtigte, verbrachte die Nacht auf der Straße.

Das Unwetter in Mexiko.

Newyork, 14 Sept. Nach den letzten Meldungen über das Unwetter an der mexikanischen Westküste halten die Stürme eine Durchschnittsgeschwindigkeit von sechzig Meilen in der Stunde. Die Drahtverbindung und der Zugverkehr sind auch heute noch völlig unterbrochen, so daß in den heimgesuchten Gebieten nur sehr mangelhafte ärztliche Hilfe vorhanden ist. Die Städte Salina Cruz und Manzanillo bieten ein einziges Trümmerfeld. Die Gesamtzahl der Toten geht in die Hunderte, sie dürfte vielleicht gar Tausend betragen. Zahlreiche Ortschaften stehen unter Wasser und mehrere Schiffe sind als verloren gemeldet.

Die Erhöhung der Beamtengehälter und ihre Auswirkung für Münster.

Von Herrn Engberding, M. d. R., erhalten wir folgende Zuschrift:

„Der Herr Reichsminister Dr. Köhler hat auf der Beamtentagung in Magdeburg die Grundlinien der Reform über die Beamtenbesoldung klargelegt: Umgruppierung der Besoldungsklassen, Vereinheitlichung der Frauen- und Kinderzulage, Erhöhung der bisherigen Bezüge, keine Erhöhung der Steuern, Ersparnisse in den Reichsausgaben, keine Erhöhung der Steuerüberweisungen seitens des Reiches an Länder und Gemeinden. Die Erhöhungen der Gehälter stellen sich auf 33 Prozent in den unteren, 25 Prozent in den mittleren und 18 Prozent in den höheren Besoldungsklassen, sind also wesentlich höher, als man noch im Juli annahm, wie der Herr Minister selbst ausführte. Ob sich die auch von Herrn Dr. Köhler befürchtete Steigerung der Lebenshaushaltungsziffer wird ganz vermeiden lassen, ist zum mindesten fraglich. Ich erinnere daran, daß z. B. der Baumwollpreis um 100 Prozent gestiegen ist. Dazu jetzt die erhöhte Kaufkraft. Ich selbst habe immer wieder für eine Herabdrückung dieser Ziffern plaidiert. Erfreulich ist es, daß auch die Ruhestandsbeamten, sowie die Kriegsinvaliden- und Hinterbliebenen genau in der Weise aufgebessert werde, wie die aktiven Beamten. Damit ist dem Ereignisse von Hindenburgs' 80. Geburtstage am besten Rechnung getragen.

Warum ich der Besoldungsreform hier aber Erwähnung tue, ist meine Besorgnis als Stadtverordneter. Die Mehrausgaben werden sich für Münster wohl auf etwa 2 Millionen Mark jährlich belaufen; Mehrüberweisungen erhalten wir nicht. Also müssen wir endlich „Sparen", ich schreibe das Wort groß. Denn zu der 2 Millionen Beamtengehälter-Erhöhung kommen noch für 1928 etwa 1 Million Mehrzinsen, das sind 3 Millionen Mark mehr gegenüber 1927. Glaubt man denn, diese Steuern aus den Realsteuern mehr herauspressen zu können? Ich nehme es wirklich nicht an und denke mit einem gewissen Schmerze schon jetzt an den bewährten Leiter unserer Betriebswerke, Herrn Stadtbaurat Tormin. „Allgemeine Lasten müssen von der Allgemeinheit getragen werden", — an diesem Grundsatze halte ich nach wie vor fest.

Selbstverständlich sind alle unnötigen Ausgaben zu vermindern: eine Revision hat dieserhalb sofort stattzufinden. Die nächste Stadtverordnetensitzung, die denklich umgehend einberufen wird, muß sich mit den Deckungsfragen beschäftigen. Dann wollen wir sehen, was zu geschehen hat. Die Mehrausgaben laufen ab 1. Oktober."

*

Soweit die Zuschrift des Herrn Engberding, der grundsätzlich nicht widersprochen werden kann. Sparen ist immer eine Tugend: in guten und in bösen Tagen. In guten Tagen in Anwendung des Wortes „Spare in der Zeit, so hast du in der Not", — ein Sprichwort allerdings, das durch die Inflation in seinen Grundfesten erschüttert ist, — und in bösen Tagen, da ergibt sich das Sparen von selbst, sofern es sich überhaupt ermöglichen läßt. Wir wünschen den Stadtverordneten recht viel Glück und Einsicht bei der von Herrn Engberding geforderten Revisionssitzung. Aber wir wissen nicht, wo der Revisionshebel ansetzen soll. Es ist gewiß noch allgemein bekannt, daß der letzte Haushaltsplan ein Produkt wochenlanger Beratungen war, in denen schon jede Ausgabe mehr wie einmal unter die Lupe genommen und auf ihre Notwendigkeit hin geprüft war. Was zu streichen war, ist u. E. damals schon gestrichen. Daß die Erhöhung der Beamtengehälter kommen würde, damit mußte man damals schon rechnen, und hat auch damit gerechnet. In der Schlußsitzung am 25. Mai sagte Bürgermeister Schlanstein: „Mit den einzelnen Etatspositionen müssen wir aukommen, wenn nicht neue Ausgaben durch neue Beschlüsse oder Gesetze entstehen. Von einer Erhöhung der Gewerbesteuer glauben wir absehen zu müssen, da die Besserung der Wirtschaftslage auch höhere Steuererträge ergeben wird."

Weniger optimistisch äußerte sich Oberbürgermeister Dr. Sperlich, der sagte, indem er seine vorgelegte Denkschrift verteidigte, in der er sich gegen die von der Rechnungs- und Finanzkommission verlangte Herabsetzung der Grund- und Gebäude- und Gewerbesteuern wandte: „Wenn Sie den Vorschlägen, die ich in der Denkschrift niedergelegt habe, nicht zustimmen können, so bin ich überzeugt, daß wir in kurzer Zeit wieder hier sitzen werden, um zu beraten: wie kommen wir aus der Patsche heraus? Selbstverständlich ist es möglich, die Ausgaben noch weiter einzuschränken. Aber nur mit dem Ergebnis, daß Münster dann in fünf Jahren eine bedeutungslose Kleinstadt geworden ist. Wenn Sie anders beschließen sollten, so muß ich die Verantwortung für die Folgen ablehnen."

Das Ergebnis der Abstimmung war eine Niederlage des Oberbürgermeisters, indem die Annahme des Etats mit 24 gegen 13 Stimmen erfolgte. Die 13 Stimmen entfielen auf die Wirtschaftspartei mit Ausnahme des Stadtverordneten Benker, die Sozialdemokraten sowie die deutschnationalen Stadtverordneten Hoffmann und Frau Krückmann. Der Oberbürgermeister gab zum Schluß der Sitzung die Niederlage offen zu, indem er sagte: „Wenn meine Befürchtungen eintreten sollten, hätte ich vielleicht ein Recht, schadenfroh zu sein. Ich werde es aber nicht sein, sondern das Äußerste tun, um Schaden von der Stadt abzuwenden und alles Persönliche im Interesse des Allgemeinwohls zurückstellen."

Wir haben im Anschluß an das Schreiben des Herrn Engberding an diesen Hergang der Sache erinnert, um neben dem Ruf nach Sparsamkeit den Ruf zu stellen: „Sucht auch noch nach einem anderen Ausweg!" Vielleicht steckt in der Denkschrift des Oberbürgermeisters doch auch ein wenig Gutes. Das eine tun, und das andere nicht lassen, das scheint uns das Richtige auch in diesem Falle zu sein. Münster kann sich den Luxus übergroßer Sparsamkeit auf Kosten der städtischen Entwicklung und auf Kosten seines größten Schatzes, den es hat: seine städtebauliche Schönheit — wozu wir auch den Zustand der Straßen und Anlagen rechnen — und seine Kulturaufgaben, nicht leisten. Damit wäre dem Wirtschaftsleben, dessen Wortführer sich damals gegen die Denkschrift des Oberbürgermeisters wandten — unter ihnen war auch Herr Engberding — ein schlechter Dienst erwiesen.

Luftfahrt.

Deutsch-spanische Luftverkehrsverhandlungen.

tu **Berlin,** 14. Sept. **(Tel.)** Zur Zeit finden in San Sebastian Verhandlungen über den Abschluß eines deutsch-spanischen Luftverkehrsabkommens statt, die deutscherseits von Geheimrat Fisch und Ministerialrat Wegerdt vom Reichsverkehrsministerium geführt werden. Es handelt sich um die Einrichtung eines ständigen Verkehrs Deutschland-Spanien mit der Möglichkeit von Zwischenlandungen in Marseille. In entsprechenden deutsch-französischen Abmachungen ist dieser Verkehrsweg bereits vorgesehen. Die Herstellung einer Luftverkehrsstrecke Deutschland—Spanien dürfte auch für das Projekt Deutschland—Sevilla—Buenos Aires nicht ohne Interesse sein.

Die amerikanischen Weltflieger in Tokio eingetroffen.

tu **London,** 14. Sept. **(Tel.)** Wie „Exchange" aus Tokio berichtet, sind die beiden amerikanischen Weltflieger Brock und Schlee mit ihrem Flugzeug „Stolz von Detroit" heute nachmittag in Tokio eingetroffen. Obwohl die Bevölkerung durch die schweren Taifunverwüstungen stark betroffen ist, wurde den Fliegern ein begeisterter Empfang bereitet.

